

Berlin muß frei bleiben!

Bundestag befolgte Adenauers Appell zur Einigkeit

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer und die Sprecher aller Fraktionen lehnten in der außenpolitischen Debatte des Bundestages jede Änderung des Berlin-Statuts vor einer Lösung der deutschen Frage kategorisch ab. Übereinstimmend stellten sie die Forderung auf, daß keine Regelung getroffen werden dürfe, der nicht die Berliner selbst ihre Zustimmung gäben. Der Bundeskanzler erhielt den Beifall des ganzen Hauses, als er feststellte, daß Interimslösungen für die deutsche Hauptstadt nicht verantwortet werden könnten. Gleichzeitig richtete Dr. Adenauer den dringenden Appell an alle Parteien, in den Lebensfragen des Volkes zusammenzustehen.

Als Adenauer schon zu Beginn seiner Rede die Hoffnung aussprach, daß die Parteien sich doch wenigstens schrittweise näherkommen würden, horchten alle Fraktionen auf. Zum Schluß kam Dr. Adenauer noch einmal auf diesen Gedanken zurück. Er fühle die Verpflichtung, so sagte er, den Bundestag über die Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz zu unterrichten, sobald diese zu einem gewissen Abschluß gelangt seien. Als von Seiten der SPD an dieser Stelle ein zweifelnder Zwischenruf kam, wandte sich der Kanzler direkt an die Opposition und versicherte, daß er ihre Einwände gegen seine Politik immer sehr ernst nehme. „Wenn es uns gelänge, in den Lebensfragen wenigstens in großen Zügen einig zu sein, wäre es ein großer Vorteil für das deutsche Volk.“

Kein Zurückweichen

Bundeskanzler Adenauer teilte dem Bundestag eine unangenehme Neuigkeit mit. Bei dem Staatsbesuch des italienischen Präsidenten Gronchi in Moskau wurde Chruschtschow gefragt, ob er bereit sei, seinen Vorschlag, Berlin zur „Freien Stadt“ zu erklären, einem Volksentscheid zu unterwerfen. Darauf hat Chruschtschow erwidert, er erkenne das Selbstbestimmungsrecht

Berlins nur in bezug auf die Wahl des sozialen und wirtschaftlichen Systems, nicht aber in bezug auf andere Fragen an.

Als Sprecher der CDU/CSU ging der Berliner Bundestagsabgeordnete Gr a d l davon aus, daß alle Parteien in der Beurteilung des sowjetischen Vorstoßes gegen die deutsche Hauptstadt übereinstimmen. Offenbar solle die kommunistische Herrschaft in der Sowjetzone gesichert werden, um ein Aufmarschgebiet für den späteren Kampf um Deutschland zu haben. „Heute ist der Kampf um Deutschland auf Berlin konzentriert; ein Zurückweichen in Berlin würde das Vertrauen des Westens nicht nur in Deutschland erschüttern“.

Der Abgeordnete Erl er, der für die SPD sprach, zeigte für seine Fraktion ebenfalls eine feste Haltung in der Berlin-Frage. „Berlin ist für uns eine Frage der Standhaftigkeit“, rief er aus. „Wer dem deutschen Volk seine Hauptstadt nehmen will, stößt auf den Widerstand aller, denen die Freiheit Deutschlands überhaupt am Herzen liegt.“ Erl er erklärte sich auch mit Adenauers Appell zur Einigkeit einverstanden. Dazu sei jedoch notwendig, daß die Regierung mit den Fraktionen laufend über ihre Pläne spreche und ihre Partner nicht in der innen-

politischen Auseinandersetzung verketzere.

In vielen außenpolitischen Fragen blieben die Gegensätze der Parteien in der Debatte bestehen, wenn sie auch weniger dramatisch zugespitzt wurden als früher. Unruhig wurde der Bundestag nur, als der FDP-Abgeordnete Achenbach für „gesamtdutsche Gespräche“ mit Vertretern Pankows unter Einschaltung von Beobachtern der Großmächte eintrat und den Bundeskanzler mit der Frage herauszufordern versuchte, ob er etwa Angst davor habe, durch solche Gespräche selbst Kommunist zu werden. Außenminister v. Brentano erwiderte darauf: „Pankow repräsentiert nicht einen Teil des deutschen Volkes, sondern den Kreml. Mit dem wollen wir lieber sprechen.“

★

Die Brücke

DT. Einigkeit in außenpolitischen Fragen ist seit zehn Jahren im Bonner Bundeshaus ein seltenes Ereignis. Diesmal aber hat man schon Wochen vor der außenpolitischen Debatte die Einigkeit der Parteien beschworen, und der Appell war nicht vergebens. In der Berlin-Frage hat der Bundestag eine gemeinsame Sprache gefunden, hinter der ein geschlossener Wille steht: Berlin muß frei bleiben. Aber zugleich keimte in dem Versprechen des Bundeskanzlers, das ganze Parlament über die Vorbereitungen für die kommende Gipfelkonferenz zu unterrichten, die Hoffnung auf, daß sich die Fraktionen in Zukunft vielleicht auch in der allgemeinen Außenpolitik einander nähern könnten. Der Brückenbauer, der diesen Brückenschlag

Fortsetzung auf Seite 5

Interessenten

K. W. B. Im Bonner Palais Schaumburg geben sie sich in diesen Tagen die Klinken in die Hand: Die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, die Bauern und die Verbraucher, die Ärzte und die Beamten, die Handwerker und die Vertreter vom Handel. Ihre Präsidenten kommen und sprechen auf Adenauer ein. Der Bundeskanzler, befragt, warum er diesen Ansturm der Interessengruppen über sich ergehen lasse, ja, ihn selbst noch forcieren, antwortete, er sei mit den Reihen der Gruppenbesprechungen noch nicht zu Ende. Man wundert sich: Wann hat es das je gegeben in einem demokratischen Staat? Das Parlament, so war man überzeugt, hat die politischen Aufgaben für die laufende Gesetzgebung zu bewältigen. Es ist Gewalt vom Volke, und ihm obliegt die politische, soziale und wirtschaftliche Fundamentierung dieses Staates. Wenn die deutsche Nachkriegsdemokratie etwas nicht sein wollte — dann war es ein Stände-Staat. Im Feuer des mörderischen zweiten Krieges waren gerade alle Illusionen über soziale Privilegien und Ständescheidungen endgültig verbrannt. Das Grundgesetz und danach seine Anwendung in Parlaments- und Regierungspraxis verhinderte sogar das Gegengewicht eines Parlaments von Wirtschaftsgruppen. Ein Bundeswirtschaftsrat, der sie hätte sammeln können, ist nie zustande gekommen. Man sah die Wohlfahrt des Landes und aller seiner Bürger als eine politische Aufgabe an. Ein Gremium der Stände hätte Klassen restaurieren müssen, die zu verdrängen gerade der Nullpunkt, bei dem man 1945 anfangen mußte, alle Chancen geboten hatte. Die Parteien in der Demokratie des Bundes, mochten sie sich noch so scharf in regierungsfördernde und oppositionelle scheiden, erstrebten ganz offensichtlich ein wirtschaftlich-soziales Total-Programm. Wir sind gut damit gefahren.

★

Was aber in jüngster Zeit geschieht, scheint nicht mehr mit dem Bild dieser gemeinsam er-

rungen elf bundesdeutschen Jahre übereinzustimmen. Der Tübinger Verfassungsrechtler Theodor Eschenburg hat vor ein paar Jahren schon das Stichwort „Herrschaft der Verbände“ in die Debatte geworfen. Was er meinte, war ein stilles Hineinwirken der Interessengruppen in die politischen Entscheidungen von Parlament und Regierung. Eschenburg sah zweckbetonte Gruppen in die Politik vorstoßen; doch sie wurden hier nur als infiltrierende Bewegungen oder gar nur als Diskussions- und Informationsgruppen für die Parlamentarier erkennbar. Nun aber scheint vielfach das Gruppeninteresse stärker als der Wunsch zu werden, politischen Einfluß zu gewinnen. Was sich die Gewerkschaften seit eh und je als Recht ihrer Interessenwahrung genommen haben — Streik und „Marsch“ —, das bewegt heute manche andere berufsgebundene Gruppe.

Nun hallt der große Protest der Ärzte durch das Land. Deutlicher als jeder andere Ansturm schwingt in ihm das Verlangen nach einer Respektierung des Ständesstandards mit.

★

Man muß verstehen, daß die Krankenkassen - Versicherungs-Reform in Ansatz und Überlegung nicht irgendeines der vielen wirtschaftlichen und sozialen Hilfsmittel unserer Zeit werden sollte. Ihre Schöpfer gingen vielmehr davon aus, daß eine Reform an Haupt und Gliedern notwendig sei: eine Reform, die uns von den noch auf Bismarcks Sozialgesetzgebung basierenden Grundlagen lösen und in die neuen Ordnungen unserer selbstentwickelten Sozialwirtschaft hineinstellen müßte. Daß die Ärzte sich nun so laut und kräftig dagegenstemmen, liegt vor allem an der späten und unentschlossenen Zaghaftigkeit, mit der sich Blanks Reformen so schwer getan haben. Zum großen Teil trägt auch der Gesetzgeber selbst daran Schuld, daß die Ärzte ihren Standesprotest gegen einen nur in groben Einzelzügen bekannten Gesetzesvorschlag jetzt mit dem Akzent auf die mögliche unsoziale Struktur der neuen Pläne auf die Straße tragen können; denn der Gesetzgeber hätte natürlich

den Ärzten bei der Vorbereitung dieser Reform mehr Ein-sichts- und Mitspracherecht geben sollen — dies um so mehr, als der Staat bei seinem Reformplan zuerst an den Patienten gedacht hat und denkt.

Über die Krankenversicherungs-Reform wird noch viel gesprochen und gestritten werden. Das gehört sich in einem demokratischen Staat, der Gesetze zum Wohl aller Bürger erst erlassen will, wenn er sich mindestens des Einverständnisses ihrer Mehrzahl sicher ist. Man wird aber erwarten müssen, daß diese Gespräche und Auseinandersetzungen nicht in so schiefer Front geführt werden, wie sie gegenwärtig durch das Aufrühren von Ständesinteressen gezogen ist. Es ist doch absurd, anzunehmen, daß der verantwortliche Gesetzgeber, der ja Parlament und Regierung ist, sich vorgenommen hätte, einen ganzen Stand mit seiner Reform aus der Fassung zu bringen. Der Staat ist notwendig darauf bedacht, allen Gruppen und Ständen gleichermaßen ihr Nebeneinanderleben zu sichern. Ganz gewiß aber hatte er in jeglicher Maßnahme, die er trifft, das Gesamtinteresse vor das Gruppeninteresse zu stellen. Vielleicht hatte er die Begehrlichkeit der Gruppen mitunter selbst gesteigert, indem er, von der sozialen Anfälligkeit dieser oder jener überzeugt, ihr stärker als der anderen unter die Arme gegriffen hat.

★

Es gibt aber auch noch die Kehrseite dieser Betrachtung. Vielleicht müßte es einmal zum offenen Anrennen der Interessengruppen kommen, damit der Staat erkennt, wie gut es ihm anstünde, wenn er das Werk seiner Reformen konsequent und ohne Blick auf künftige Wahlen in Angriff nähme und durchführte. Die Gruppen selbst aber, die fordern und verlangen, sollten unter keinen Umständen das Recht zugestanden bekommen, die Politik korrigieren zu können. Die Gruppeninteressen haben dem Weimarer Staat manchen Nagel zu seinem Sarg geliefert. Es darf diesem Staat, der die Aufgabe hat, die Fundamente für den gesamtdeutschen Staat von morgen zu bilden, nicht noch einmal auch nur etwas Ähnliches passieren.

Neue Menschen auf alter Erde

Der junge Staat Israel verschmolz Tradition und Moderne zu einer Einheit

Neue Menschen auf alter Erde. Vor etwa dreißig Jahren schrieb der Wiener Felix Salten, nach einem Besuch im damaligen Palästina, ein Buch mit diesem prägnanten Titel. Er deckt noch heute kurz und bündig, was in Israel geschieht. Israel ist in allerhöchstem Grade ein Land der Werktätigen — wobei dieser Ausdruck, aller politischen Propaganda entkleidet, nicht als Schlagwort politischer Falschmünzer zu verstehen ist. Arbeiter, Bauern und Soldaten, Forscher, Landvermesser, Techniker: aus ihrem team-work entsteht hier im Orient zum erstenmal ein enorm abendländischer, europäisch-amerikanischer, ost-westlicher Judenstaat, eine demokratische Republik, die zionistisch ist und, eben weil sie zionistisch ist, Tradition und Moderne zu einer neuen Einheit verschmilzt.

D, Tel Aviv (Eigenbericht).

Der Tourist findet viel vom europäischen Geist, viel von amerikanischer Technik, viel von dem „Funktionalismus“, der wie ein notwendiges Übel heute im Bauwesen schon eine internationale Errungenschaft ist und die Gesichter der Großstädte und der Wohnsiedlungen rund in der Welt einander angleicht. Die berühmte Vorstadt-Neurose hat die Israeli bestimmt noch nicht angegriffen. Aber als ich in der näheren Umgebung der Hafenstadt Jaffa (auf die der Strandweg von Tel Aviv schnurstracks zueilt) die mit neuzeitlichem Komfort ausgestatteten Wohnsiedlungen aus Beton für Neueinwanderer sah, hatte ich trotz tropischer Vegetation den Eindruck, alles schon einmal gesehen zu haben. Ungefähr wie in dem berühmten Vällingby vor den Toren Stockholms, aber doch auch wie vor den Toren Berlins, etwa in Britz oder Lankwitz. Licht, Luft und Sonne, architektonischer Komfort mit Zweckmäßigkeit und Technik im Bunde, eintönig und sachlich, vielleicht keine Augenweide, aber gottlob nicht so hohlpomps wie der Jugendstil und bestimmt tausendfach menschenwürdiger als die „Romantik“ der Hinterhöfe in Mietskasernen.

Überall frohe Menschen

Auf den Balkons der Häuser bei Jaffa sah ich nach Feierabend offenbar frohe Menschen sitzen und plaudern. Freie Menschen, Mitbürger. Auf der Straße spielen die Kinder, auffallend viel blonde Kinder hier in dieser Wohngegend von Menschen polnischer Herkunft. Sie

sprechen selbstverständlich die Landessprache, iwrit, das Neuhebräische. Der Tourist, dem diese Sprache ein Buch mit sieben Siegeln ist — und der ebenfalls die Aufschriften an den Geschäften, Autobussen, Kinos usw. nicht lesen kann —, muß froh sein, daß dennoch ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung Deutsch oder Englisch versteht. Aber in der nächsten Generation dürfte davon nur noch Englisch übrig sein.

Mädchen in Uniform

Auf dem Boulevard der Jeunesse d'orée in Tel Aviv sind mir viele Modepuppen und angehende Schönheitsköniginnen mit viel Make-up aufgefallen, und auch hier gibt es Bars, die für die „wilde“ (aber nicht verwilderte) Jugend reserviert sind. Doch was einem in den Städten vor allem auffällt, sind die vielen hübschen Mädchen in Uniform, das Käppi forsch und keß tief in die Stirn gedrückt, die braungebrannten Beine unter dem khakifarbenen kurzen Militärrock oft strumpfloß. 2½ Jahre Wehrpflicht für die männliche, 2 Jahre für die weibliche Jugend — hier wächst, der Not gehorchend, ein Kriegervolk heran. Ein gutgewachsenes, selbstbewußtes Kriegervolk, für das Militarismus und Pazifismus blutleere Begriffe sind.

Miß Israel 1959 ist übrigens nicht nur sehr hübsch und brünett, sondern auch Jurastudentin, 19 Jahre alt. Tatsächlich aber hat Rina Jitzschakow vorläufig einen ganz anderen „Nebenberuf“: sie ist Soldat im Frauenkorps der israelischen Armee. Und man möge nicht glauben, daß man beim Drill

der Rina etwa ein Auge zudrückt, weil sie Schönheitsmiß ist.

Noch zwei Millionen?

„Gebt uns noch zwei Millionen Juden, und wir werden das Werk vollenden!“ Mit dieser dramatischen Erklärung, die möglicherweise in die Geschichte eingehen wird, schloß Ministerpräsident Ben Gurion eine Rede, die er zwar nicht vor dem Parlament, aber vor einer anderen wichtigen Instanz in der Jerusalemer Universität hielt, nämlich auf der Tagung des zionistischen Aktionskomitees. Als Hauptziel für das zweite Jahrzehnt des Staates Israel nannte Ben Gurion die Eingliederung der Immigranten, weiter die Gewinnung neuer Freunde und eine Intensivierung der Einwanderung aus den freien Ländern, aber auch die Verstärkung der Sicherheit. In einer Übersicht über die ersten elf Jahre des Staates betonte der Ministerpräsident, daß Israel seine Prüfung bestanden habe. Der Staat sei in der Hauptsache aus eigener Kraft geschaffen worden und nicht durch die Gunst der Völker, „wenn wir auch die Hilfe, die wir von einigen Völkern erhalten haben, nicht vergessen werden“.

Eindrucksvolle Antwort

Wunder kann man bekanntlich nicht erklären. Das in Israel erklärt sich wohl wenigstens zu einem guten Teil aus dem Menschenmaterial, mit dem der zionistische Aktivismus an die Arbeit geht. Man muß aber auch unterstreichen und im Auge behalten, daß Israel eine Antwort — eine sehr zielstrebige, energische, unmißverständliche und äußerst eindrucksvolle Antwort — auf die Herausforderung des Antisemitismus ist, der möglicherweise sterilsten und abgefeimtesten Ausdrucksform des menschlichen Aggressionstriebes. Israel ist, jenseits des Hasses, eine Antwort auf jenen Haß, dessen Mauern — wir zitieren noch einmal Ben Gurion — erfahrungsgemäß auch mit noch so geschmeidiger Diplomatie so schwer einzurennen sind.

Ulbrichts „Atom“-Aktion

DT. Bei der Fülle wichtiger politischer Ereignisse konnte es einem leicht entgehen, daß dieser Tage ein neuer außenpolitischer Gehversuch Pankows ruhmlos gescheitert ist. Es lief nämlich die Frist ab, die Ulbricht dem deutschen Kanzler gesetzt hatte, um sich mit ihm über Abrüstung und über andere bedeutende Themen ins Benehmen zu setzen. Dem Ultimatum, das sich auf einer Pressekonferenz sozusagen ergeben hatte, war ein Schreiben des SED-Chefs an Adenauer vorangegangen. Neben einer Reihe von Injurien enthielt es die Drohung, Ostberlin werde die Sowjetunion um Atomraketen für die Volksarmee bitten. Obwohl die Bundesregierung, einer bewährten Gewohnheit folgend, Ulbrichts Kontaktversuch ignoriert hat, ist nichts geschehen, was einer Verwirklichung der Drohung gleichkäme, es sei denn, man wollte in der militärischen Karriere des SED-Chefs, die sich mit seiner Ernennung zu einer Art Obersten Kriegsherrn jetzt ruckartig vollzog, etwas anderes sehen als ein verlegenes Kulissenschieben.

Der Grund für diese Abstinenz, die Ulbrichts Fernsehgespräch bestätigte, dürfte darin zu suchen sein, daß der rüde Ton des Schreibens, das ungläubwürdige Ultimatum und das Raketenrasseln wie eine Bombe eingeschlagen haben. Nicht im Westen, sondern im Osten, in Polen, der Tschechoslowakei und nicht zuletzt in der Sowjetzone selbst. Wir beobachten seit Tagen die rührenden Versuche der Ostberliner Presse, die Ulbricht-Aktion zu rechtfertigen und gleichzeitig ihres grimmigen Charakters zu entkleiden. Wenn Volkskammer-Präsident Dieckmann die journalistische Feder zückt, ist das meist ein Zeichen dafür, daß etwas schiefgegangen ist. Und in der Tat reichen die Unruhe und Verwirrung, die vor allem durch die Raketenankündigung ausgelöst wurden, vom besorgten Zonen-Bürger bis hinauf in die höchsten Ränge der SED.

Dieser Umstand allein hätte allerdings wohl kaum ausge-
reicht, Ulbricht von seinen Plä-

nen abzubringen. Dafür dürfte, ähnlich wie bei der Flaggenprovokation in Berlin, ein Wort aus Moskau den Ausschlag gegeben haben. Wir glauben zwar nicht, daß der SED-Chef ohne das Einverständnis des Kremis handelte, als er seinen Raketen-coup landete. Doch spricht einiges dafür, daß er dieses Einverständnis nur auf Grund einer etwas eigenwilligen Deutung der Folgen erhielt, die seine Bombenaktion plus Ultimatum im westlichen Ausland und in der Bundesrepublik zeitigen würden. Daß dort nahezu überhaupt keine Reaktion zu verzeichnen war, fällt natürlich auf Ulbricht zurück. Der SED-Chef hat den Gipfelvorbereitungen des sowjetischen Ministerpräsidenten keinen guten Dienst erwiesen. Kalkulationsfehler dieser Art und Wirkung pflegen besonders im Moskau Chruschtschows übel vermerkt zu werden.

Die Enttäuschung, die Ulbricht den Sowjets bereitete, dürfte die Frage beantworten, warum die Erklärung der Warschauer Paktstaaten vom 4. Februar mit keinem Wort auf die Raketenforderung Pankows eingegangen ist. Dem „Schutzbedürfnis“ des Zonen-Regimes wurde mit einer allgemein gehaltenen, im Grunde nichtssagenden Formel Rechnung getragen. Mit ihr konnten einmal die polnischen und tschechischen Mitglieder des Paktes beruhigt werden, denen ein raketenbewaffneter Ulbricht-Staat alles andere als ein Grund zur Freude gewesen wäre, und zum anderen auch Chruschtschow selbst, der sich über die Zuverlässigkeit der Zonenarmee sicher ebensowenig Illusionen hingibt wie sein Statthalter in Ostberlin.

Das Trostpflasterchen der Moskauer Erklärung, jenes Versprechen an Pankow, es werde alles erhalten, was zu seiner Verteidigung notwendig sei, steht in seiner Dürftigkeit freilich in einem auffallenden Widerspruch zu Ulbrichts Kas-sandra-Ruf, Bonn plane gegen ihn einen „Blitzkrieg“. Wenn es an dem ganzen Ulbricht-Coup überhaupt etwas gegeben hat, was im Westen Aufsehen erregte, dann war es diese Blitzkriegstheorie, an die nicht ein-

mal ein Senfton Delmer glauben dürfte. Ulbricht hat sie dann im Fernsehen erneut vertreten, obgleich sie seinen außenpolitischen Gehversuch schlicht und einfach lächerlich gemacht hat. Schlimmeres als das kann aber einem Gebilde, das den Namen Staat zu tragen wünscht, nicht zustoßen. Die tödliche Lächerlichkeit hat für Pankow alles verdorben, was die antisemitischen Vorfälle und die teilweise recht heftige antideutsche Reaktion im Westen schon hatte aufkeimen lassen.

Weg mit Atom-Waffen!

Köln (dpa). Bundeskanzler Adenauer hat vor 3000 Studenten der Kölner Universität eine kontrollierte Abrüstung der nuklearen und konventionellen Waffen sowie das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk gefordert. In der überfüllten Aula sagte der Bundeskanzler im Hinblick auf die französische Atombombenexplosion in der Sahara, die nukleare Bewaffnung müsse endlich vom Erdboden verschwinden, damit die Menschheit nicht ständig unter der dauernden Herrschaft des Schreckens und der Furcht leben müsse.

Zur Berlin-Frage erklärte der Kanzler, sie sei auf der Gipfelkonferenz nicht von der deutschen Frage zu trennen. Wenn man jetzt anfangs, Berlin den völkerrechtlichen Grund zu entziehen, verletze das den Glauben an ein Völkerrecht schwer: „In diesem Punkt nachgeben bedeutet das Ende. Man würde das Vertrauen zu den freien Völkern verlieren.“

Der Kanzler wiederholte seine Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk, ein Recht, das heute in jedem Teil des Schwarzen Afrika gelte. Er zweifle nicht, daß auf die eine oder andere Weise, nicht jedoch durch Krieg das Problem Sowjetzone gelöst werde, 17 Millionen Deutsche lebten dort in einem Gefängnis.

Dem sowjetischen Regierungschef Chruschtschow billigte der Kanzler zu, er wolle keinen Krieg, „weil er ihn nicht brauchen kann“. An seinen Entspannungswillen glaube er aber erst, wenn Chruschtschow damit anfangs, „das herauszugeben, was er anderen abgenommen hat“.

Noch mehr Aussteller in Hannover

Ein Messegelände für 100 Mill. DM — Erneuter Ausbau geplant

—er. Hannover (Eigenbericht). Das aktuell gewordene Schlagwort vom „Wendepunkt des Messewesens“ mag vielleicht im ganzen nicht völlig unberechtigt sein, aber für Hannover hat es keine Gültigkeit — so etwa umriß die Verwaltung der Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG ihre Auffassung in dem traditionellen „Messe-Presse-Gespräch“, das unter der Leitung des Vorsitzenden ihres Aufsichtsrates, des niedersächsischen Ministers Alfred Kubel, stattfand.

Und unverkennbar geben die Tatsachen diesem Optimismus recht. Mit mindestens 4700 Ausstellern, darunter 800 aus 25 verschiedenen fremden Ländern, wird sich die Ausstellerzahl der kommenden Frühjahrsmesse erneut um 80 Firmen erhöhen. Die Ausstellungsfläche beläuft

Die Brücke

Fortsetzung von Seite 1

zwischen den streitenden Parteien im Bundestag zustande gebracht hat, heißt Chruschtschow. Je deutlicher es wird, daß er mit seinen Forderungen und Drohungen die Freiheit Berlins und der Berliner gefährden will, desto enger rücken die Fraktionen im Bundestag zusammen. Angesichts der Bedrohung Berlins sind neutralistische Leitbilder verblaßt. Der Bundestag konnte sich, wohl vorbereitet durch die Aussprache zwischen Dr. Adenauer und dem Regierenden Bürgermeister Brandt, auf ein klares und hartes Programm einigen, dessen Kernsatz lautet: In Berlin darf sich nichts ändern. Dieses Programm wird den Forderungen und Erpressungsvorgängen Chruschtschows entgegengestellt — in der Erwartung, daß der gesamte Westen darin Berlin und den Bundestag unterstützt.

sich auf 285 000 qm Hallen- und 162 000 qm Freigelände, zusammen also 447 000 qm. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 10 000 qm Hallenfläche und 12 000 qm beim Freigelände. Trotzdem konnten vielfach die Wünsche der Aussteller nach Erweiterung ihrer Stände nicht erfüllt werden.

Größere Hallen

Im großen und ganzen wird die Hallen- und Branchengle-

derung der diesjährigen Messe das gewohnte Bild bieten. Für die Gruppe Kälteindustrie ist eine neue Leichtbauhalle entstanden, und das weiter vergrößerte Angebot der Holzbearbeitungsmaschinen wurde mit dem „Fertigungsbedarf Holzwirtschaft“ zusammengefaßt. Der in zweijährigem Turnus vertretene Verbrennungs-Kraftmaschinenbau beteiligt sich diesmal mit 84 Ausstellerfirmen, das sind 14 mehr als zuletzt. Dem erhöhten Raumbedarf der Gruppe Feinmechanik und Optik wurde durch eine Erweiterung ihrer Halle Rechnung getragen. Wie auch in den beiden vergangenen Jahren gehört wieder die „Deutsche Luftfahrt-schau“ zum festen Bestandteil des Messeprogramms. Von den 160 Ausstellern aus dem In- und Ausland ist die verfügbare Fläche bereits voll belegt worden.

Nordischer Tag

Erstmals tritt die französische Atomindustrie mit einer Gemeinschaftsschau in Erscheinung, die von zwölf der bedeutendsten Firmen besichtigt wird. Die Beteiligung der chemischen Industrie hat weiter zugenommen; auch die großen Unternehmen des Grundstoffsektors sind wieder mit dabei. Auf der bekannten „Eisenstraße“ wird nach Rückgliederung des Saargebietes zum erstenmal auch die Firma Röchling vertreten sein.

Den Rahmenveranstaltungen gibt diesmal ein „Nordischer Wirtschaftstag“ das Gepräge, zu dem sich nicht nur die drei skandinavischen Länder, sondern auch Finnland und Island ihre Beteiligung zugesagt haben. Wirtschaftsminister Erhard übernahm die Schirmherrschaft dieser Veranstaltung, die durch die gegenwärtige han-

delspolitische Situation in Europa eine besonders aktuelle Note erhält. Auch die Wirtschaftsminister von Schweden und von Finnland haben ihren Besuch in Aussicht gestellt.

Auch UdSSR kommt

Überdies wird wieder eine Reihe offizieller Delegationen aus dem Ausland erwartet, so aus den Vereinigten Staaten, aus der Sowjetunion und aus Japan. Chile, der Irak und Indonesien haben ebenfalls die Entsendung von Delegationen angekündigt. Auch der Europäische Verband der Einkaufsdirektoren wird wieder seinen Kongreß in Hannover abhalten. Von den Ostblockstaaten treten Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei als Aussteller auf. Die Ostzone ist vor allem mit Erzeugnissen ihrer Büromaschinenindustrie vertreten.

Die ununterbrochene Aufwärtsentwicklung der Deutschen Industrie-Messe macht zwingend einen weiteren Ausbau der Anlagen erforderlich. Nach den nunmehr abgeschlossenen Planungen soll, wie Vorstandsmitglied Pätzold ausführte, die gesamte Ausstellungsfläche von gegenwärtig 450 000 qm auf 495 000 qm erweitert werden. Im einzelnen ist der Bau einer neuen Messehalle von 20 000 qm Gesamtfläche, eines Kongreßgebäudes und einer weiteren Ausstellungshalle von 1000 qm Fläche vorgesehen. Das Freigelände soll um 30 000 qm erweitert werden. Daneben ist die Errichtung von Räumlichkeiten für die Exportbörse und für die Presse und eines Verwaltungsgebäudes in Aussicht genommen und zwar im Norden des Messegeländes, das dann eine Ausdehnung von insgesamt 990 000 qm haben wird. Die Kosten wurden mit 20 bis 30 Millionen DM beziffert und wären entsprechend den über drei Jahren verteilten Baustufen bis 1963 aufzubringen.

Auch die Werkzeugmaschinen-Ausstellung Hannover, die im Herbst unter internationaler Beteiligung stattfindet, hat ein über Erwarten reges Interesse gefunden.

Der „neue“ Chruschtschow

DT. Chruschtschow ist auf Reisen gegangen. Es sind nicht die gleichen Spuren, in die im letzten Vorjahrsmont Eisenhower getreten ist. Doch wenn es nach dem Wunsch des Kremlherrn ginge, möchte er überall dort auftreten, wo der amerikanische Präsident Ansehen und Zustimmung gefunden hat. Er traut sich mindestens das gleiche zu. Ja, er hofft auf größere Wirkung. Wir hätten der Lust an der Wirkung, die Chruschtschows Wesen immer mehr überfällt, nichts nachzusagen, wenn sie mit ihrer Maßlosigkeit nicht gerade uns treffen wollte. Die Hoffnung, daß Chruschtschow mit seinen vergleichsweise sanften Rückreise-Tönen aus Washington Entspannungs-Wünsche glaubhaft machen könnte, ist ohnedies seit längerem dahin. Jetzt, bevor er zu dieser Asien-Afrika-Reise aufbrach, hat er sich wieder in einen Berserker verwandelt, wie ihn kein kaltschnäuziger Stalin überbieten könnte. Was er seinen Satelliten-Staaten in der vergangenen Woche als Losung gegenüber Deutschland und Berlin vorschrieb, war schon starker Tobak. Was er aber unlängst auf italienischem Boden in Moskau dem Staatspräsidenten Gronchi entgegenfeuerte, dies läßt Finsternes für seine Reise-Angebilde vermuten.

Der amerikanische Außenminister, als sehr vorsichtiger Ausdeuter der sowjetischen Politik bekannt, zeigt sich über die Verhärtung der Deutschland betreffenden Auslassungen aus Moskau erschreckt. Der amerikanische Außenminister kannte, als er sich schockiert zeigte, aber noch nicht den Schock, mit dem Chruschtschow Gronchi, den Mann des guten Willens aus Rom, brüskierte. Chruschtschows moskowitzische Cäsaren-Dialektik hat aber den italienischen Staatspräsidenten zum bereiteren Fürsprecher für die westliche und also auch die deutsche Sache gemacht, als es mancherorts gedacht war. Gronchi und sein Außenminister Pella haben nicht nur das Spektakulum über ihr Land, ihre Politik und ihre Moral mit Souveränität an sich abgleiten lassen; sie haben dabei auch

Zeit gefunden, Chruschtschow deutlich zu sagen, wie anders nicht nur die Deutschen, sondern auch die Italiener und der ganze Westen über Berlin und Deutschland denken.

Glaubt der Herr des Kremels jetzt so seine Position für den Gipfel vorbereiten zu sollen? Fühlt er sich so stark, schon das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, um das es geht, mit der Vergewaltigung von 17 Millionen Menschen in seinem Zwang gleichsetzen zu können? Er tut es, indem er allen Ernstes die Wahlen in der Zone als Selbstbestimmungsakt verhöhnt. Er wagt es, die überall erkenn-

baren Gewaltakte seines Regimes als Äußerungen der Freiheit zu verunglimpfen. Er findet es logisch, wenn ganz Deutschland kommunistisch würde. Dies bekommen die Freunde Deutschlands zu hören. Dies soll nun erst recht den Staaten und Völkern von ihm verzapft werden, die schon geographische Mühe haben, das Maß von Unrecht überhaupt zu erkennen, das seine Herrschaft über unseren Teil Europas gebreitet hat. Da die Westmächte zu spüren beginnen, wie aus dem neuen Chruschtschow ein viel ärgerer alter Chruschtschow sich entwickelt, werden sie verstehen müssen, daß der deutsche Aufschrei nicht aus der Kehle von Querulanten kommt.

Revision im Kölner Prozeß

Verfahren in Karlsruhe / Runenschmierer muß Aufsatz schreiben

Köln/Bonn (dpa/ap/upi). Gegen das Urteil des Kölner Landgerichts im Prozeß gegen die Synagogenschänder Strunk und Schönen hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Während Strunk zu 14 Monaten, Schönen zu zehn Monaten Gefängnis und beide zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für je zwei Jahre verurteilt worden waren, hatte der Staatsanwalt für Strunk zwei Jahre, drei Monate und für Schönen ein Jahr, neun Monate Gefängnis gefordert. Über den Revisionsantrag entscheidet der Bundesgerichtshof.

Die Parteien des Bundestages haben die Regierung gebeten, das angekündigte Weißbuch über die antisemitischen Ausschreitungen möglichst bald dem Parlament vorzulegen. Wie der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Rasner, vor der Presse mitteilte, ist man bei der Zusammenstellung der Dokumentation auf die Mitarbeit der Länder angewiesen, so daß ein Termin für die Vorlage noch nicht bestimmt werden könne. Die Debatte über die antisemitischen Vorfälle ist zunächst für den 18. Februar vorgesehen.

Ein 22 Jahre alter Autolackierer aus Urberach (Hessen), der Ende 1959 Autotüren mit SS-Runen beschriftet hatte, erhielt von einem Frankfurter Schöffengericht die Auflage, das

Buch des Publizisten Eugen Kogon „Der SS-Staat“ (in der Zone nicht mehr erhältlich) zu lesen und dem Gericht einen zehnzeiligen Aufsatz vorzulegen. Er wurde wegen groben Unfugs zu einem Monat Gefängnis verurteilt, die Strafe aber gegen Bewährung ausgesetzt.

Für Schweden kostenlos

Berlin (ap/dpa). Der Interzonenverkehr über den von der Sowjetzone wieder hergerichteten Grenzkontrollpunkt Lübeck-Herrnburg wird am 20. März aufgenommen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde in Frankfurt/M. zwischen der Deutschen Bundesbahn und einem Vertreter der Ostberliner „Reichsbahn“ getroffen. Zunächst sollen zwischen Lübeck und Saßnitz auf Rügen ein D-Zug sowie mehrere Güterzüge täglich verkehren.

Inzwischen ist bekanntgeworden, warum die Sowjetzone den Kontrollpunkt Herrnburg wieder öffnen will. Nach einer Meldung des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen will die Sowjetzone der schwedischen Regierung eine Transitstraße vom Fährhafen Warnemünde zur Bundesrepublik mit einem separaten Grenzkontrollpunkt in der Nähe von Herrnburg anbieten. Die Benutzung soll für schwedische Staatsbürger kostenlos sein.

Von Bonn nach Neu Delhi

Bundesaußenminister von Brentano zum Gedankenaustausch in Südostasien

Sch. Bonn (Eigenbericht). Das Treffen Bundesaußenministers Heinrich von Brentano mit den Chefs der diplomatischen Missionen der Bundesrepublik Süd- und Südostasiens am 21./22. Februar in Neu Delhi findet in einem Weltteil und zu einer Zeit statt, in der Moskau und Ostberlin eine konzentrierte diplomatisch-propagandistische Offensive zu unternehmen versuchen.

Wenn Brentano nach dem Staatsbesuch in Pakistan am 19. Februar in Neu Delhi landet, wird der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow, der sich gegenwärtig in Neu Delhi aufhält, seine Gespräche mit Nehru bereits beendet haben und bei Staatspräsident Sukarno in Indonesien weilen. Vor wenigen Tagen hatte auch der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Heinrich Rau und Außenministerstellvertreter Otto Winzer Nehru in Neu Delhi aufgesucht. Auf einer anschließenden Pressekonferenz richteten die beiden Zonenpolitiker heftige Attacken gegen die Bundesrepublik, die, wie jetzt aus Neu Delhi bekannt wird, die indische Regierung stark verärgert haben. Die Empörung richtete sich vor allem dagegen, daß durch die ausfallenden Äußerungen der Zonenvertreter der Ost-West-Konflikt nunmehr auch nach Indien getragen worden sei, heißt es in Neu Delhi.

Termin stand fest

Wenn auch die Reise Chruschtschows und der beiden sowjetischen Minister nach Neu Delhi nicht der Anlaß für die Reise Brentanos ist — sie stand schon fest, bevor die anderen Reisen bekannt wurden —, so dürfte doch dieses zeitliche Zusammentreffen den zwischen Brentano und Nehru vorgesehenen „Gedankenaustausch mit politischem Tour d'Horizon“ stark beeinflussen.

Weniger problematisch, wenn auch für Bonn nicht weniger wichtig war der vorausgegangene Staatsbesuch in Pakistan.

In diplomatischen Kreisen Bonns werden die Bemühungen Ayub Khans, angesichts der chinesischen Bedrohung des

Subkontinents eine Annäherung mit Indien zu suchen, als positiver Faktor für die nichtkommunistische Welt hervorgehoben. Auch die Bemühungen Ayub Khans um eine wirtschaftliche Stabilisierung seines Landes werden von Bonn unterstützt. Brentano hat dem pakistanischen Staatspräsidenten

eine „Klinomobil“, eine fahrbare Krankenuntersuchungs- und Impfstation, als Regierungsgeschenk übergeben.

Für den Außenminister und die ihn begleitenden Experten, darunter Ministerialdirektor Duckwitz, wird es auch von besonderem Interesse sein, sowohl von indischer wie von pakistanischer Seite vom Ausmaß der chinesischen Bedrohung Südasiens und der kommunistischen Infiltration in einzelnen Gebieten, wie etwa in Afghanistan, zu hören.

SED auf Karl Mays Spuren

Kontrollierbare Abrüstung nötiger als Proteste gegen Atombombe

Berlin (Eigenbericht). Als einen Akt politischer Takt- und Instinktilosigkeit bezeichnete es der Minister für Gesamtdenksachen, Lemmer, daß Studenten glauben, gegen eine die Freiheit der Berliner Bevölkerung schützende Macht demonstrieren zu müssen. Lemmer, der vor der CDU in seinem Nordberliner Wahlkreis sprach, bezog sich dabei auf die Demonstrationen gegen die französische Atombombe, die sich vor dem Maison de France auf dem Kurfürstendamm abgespielt hatten. Der Protest gegen den Atomtod, so führte der Minister aus, könne nicht einseitig erhoben werden, er müsse sich vielmehr gegen alle richten, die noch zögerten, zur kontrollierten Abrüstung zu gelangen. In-

sofern sollte die französische Atomexplosion als eine Mahnung verstanden werden, so schnell wie möglich dieses Abkommen zwischen Ost und West abzuschließen.

Lemmer, der die von der SED behauptete Blitzkrieg-Absicht Bonns mit den Erzählungen von Karl May verglich, wies darauf hin, daß die Bundesregierung in voller Übereinstimmung mit ihren Verbündeten nie einen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie nur mit friedlichen Mitteln das Recht auf Selbstbestimmung anstreben werde. Die Behauptung, sie plane einen Angriff auf eine der stärksten Militärmächte der Welt, habe offensichtlich nur den Zweck, die Bundesregierung und ihre Politik zu diffamieren.

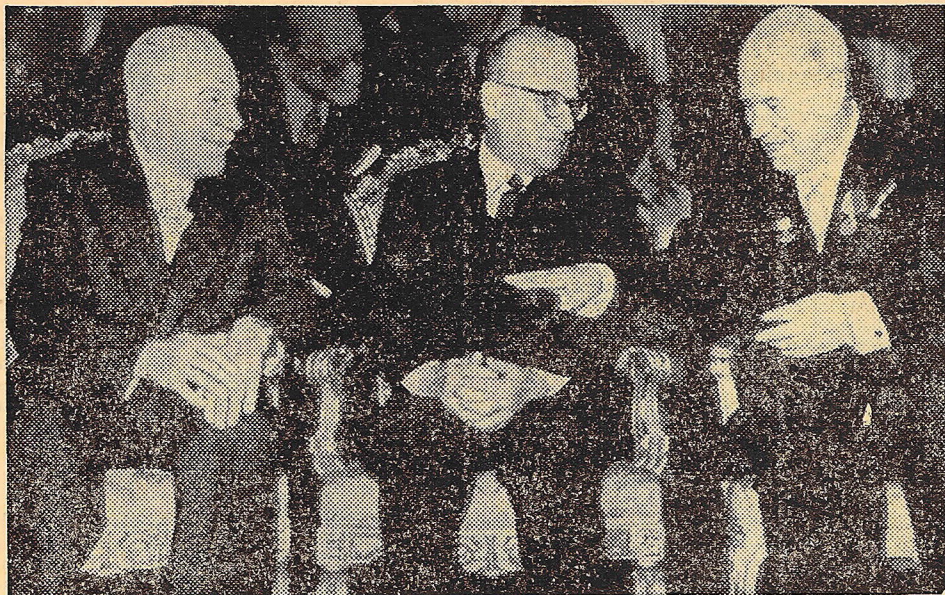
Mikojan in Oslo erfolgreich

Oslo (dpa). Die Besprechungen des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan in Oslo haben zu keinen konkreten Ergebnissen geführt. Wie Mikojan kurz vor seinem Abflug nach Moskau erklärte, sei dies in Anbetracht des improvisierten Charakters seines zweitägigen Besuchs in Norwegen auch nicht zu erwarten. Auch die Frage eines neuen Termins für die im Sommer 1959 abgesagte Skandinavienreise Chruschtschows sei nicht berührt worden. Von norwegischen Studenten war

Mikojan ausgepöfien worden, als er die ungarischen Studenten beschimpfte.

SED-Kampfguppen jetzt mit schweren Waffen

Berlin (dpa). Über drei Pak-Geschütze, drei schwere Maschinengewehre und drei Granatwerfer verfügt jedes schwere Bataillon der SED-Betriebskampfguppen, deren Aufstellung in fast allen Kreisen der Sowjetzone jetzt abgeschlossen worden ist. Die leichten Hundertschaften sind mit Maschinengewehren und Karabinern ausgerüstet.



BILDER DER WOCHE. Oben: Für die Fotografen in Moskau lächelten sie freundlich (v. l. n. r.): Staatspräsident Woroschilow, Staatspräsident Gronchi und Parteichef Chruschtschow. — Unten: Zum ersten Male seit dem Eintritt des Luftverkehrs in das sogenannte „Düsenzeitalter“ landete ein Düsenflugzeug auf dem Flugplatz Berlin-Tegel. Die zweimotorige „Caravelle“ benötigte für den Flug von Frankfurt/Main nur noch 45 Minuten statt bisher 85 Minuten bei den Flugzeugen mit Kolben- oder Turbinen-Motoren.

